

die Angelegenheit dem Psychiater überlassen, wenn Leute wie Strauß eben nicht die Machtpositionen im Bonner Staat innehätten.

Der Vertreter der großen westdeutschen Monopole in der EWG, Herr Hallstein, erklärte: „Unsere Wirtschaft braucht das Großraumformat der amerikanischen und der sowjetischen. Es ist notwendig, die Wirtschaftsgemeinschaft der 180 Millionen Verbraucher zu stärken, unter anderem durch die Schaffung des europäischen Gesellschaftsrechts.“ Herr Hallstein möchte unter der Führung des westdeutschen Monopolkapitals eine den USA und der UdSSR gleichwertige dritte Macht organisieren. Zu diesem Zwecke will er zunächst den Staaten der EWG das Gesellschaftsrecht der westdeutschen formierten Herrschaft des Monopolkapitals oktroyieren. Zum unveränderlichen Element dieser Politik gehört auch das Streben nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Eine westdeutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen wird aber weder von den USA noch von Frankreich, noch von anderen NATO-Staaten gewünscht.

Der einflußreiche CDU-Politiker Minister Gradl begründete Anfang April dieses Jahres die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung wie folgt: Die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates, so meinte er, würde es der westdeutschen Bundesrepublik erschweren, sich in die inneren Verhältnisse der DDR einzumischen, in die DDR hinein „einzuwirken“. Zwischen zwei Staaten wäre das nicht mehr zulässig. Dann würde auch die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu einer legalen Institution. Und die DDR könnte ihre Grenze so verteidigen, wie das Sache eines jeden souveränen Staates ist. — Nun, wir werden natürlich weder Herrn Gradl noch die Regierung in Bonn fragen, ob und wie wir unsere Grenzen zu verteidigen haben.

Aber Herr Gradl hat sich deutlich genug ausgedrückt. Auch wenn die Bonner Regierung zunächst einmal zur Kenntnis nehmen mußte, daß die direkte Aktion gegen die DDR ein selbstmörderisches Unternehmen ist, will sie sich doch bei aller Notwendigkeit einer elastischeren Politik — die Möglichkeit für künftige „Einwirkungen“ offenhalten, ohne daß dann von einem Konflikt zwischen zwei Staaten, der bestimmte internationale Folgen nach sich zöge, gesprochen werden soll.

Strauß, Hallstein und Gradl haben also die nebelhaften Formulierungen in der Regierungserklärung von Herrn Kiesinger und in den diplomatischen Noten des Herrn Brandt verhältnismäßig exakt kommentiert.

Kiesinger, Strauß und ihre sozialdemokratischen Minister Brandt und Wehner gehen offenbar von der Erkenntnis aus, daß die Kräfte des west-